

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 239 Anfrage Pardini Gianluca und Mit. über die Weiterentwicklung der kantonalen Drogenpolitik / Gesundheits- und Sozialdepartement

Gianluca Pardini ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Pia Engler übernommen. Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler: In der Antwort des Regierungsrates vermisst man die klare Reaktion auf die Veränderung, die in der Suchtszene zu beobachten und alarmierend ist. Die Schnelllebigkeit einzelner Drogen hat die Schnelllebigkeit und das Tempo in der Drogenszene massiv angekurbelt. Stress, Aggressivität und Unruhe haben sich verzweifacht und es braucht angepasste Antworten darauf. Man hat nur verstreute Daten, die aus unserer Sicht keine systematische Analyse oder Konsolidierung zulassen. Dies erschwert eine frühzeitige Erkennung von Trends und allfälligem Handlungsbedarf. Die Vier-Säulen-Politik hat sich bewährt und auf dieser soll auch in Zukunft aufgebaut werden, jedoch vermissen wir die Innovation und Reaktion, die aus unserer Sicht nun folgen sollte.

Barbara Irniger: Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, dass viele engagierte Akteure und Akteurinnen, darunter der Verein Akzent, die kirchliche Gassenarbeit sowie verschiedene kantonale Dienststellen wertvolle Arbeit im Bereich der Suchtprävention und Schadensminderung leisten. Diese wertvolle Arbeit verdient unsere Anerkennung. Aus der Antwort wird aber ebenfalls klar, dass ein Gesamtüberblick über die Entwicklungen der letzten Jahre und der neuen Phänomene fehlt oder nur sehr bruchstückhaft vorhanden ist. Der Regierungsrat erwähnt, dass verschiedene Akteure und Akteurinnen über Kennzahlen verfügen, diese aber weder konsolidiert noch veröffentlicht werden. So bleibt aus der Antwort unklar, welche Entwicklung im Suchtbereich stattfindet und welche Massnahmen besonders wirksam sind. Ohne eine solide Datengrundlage ist es schwierig, eine langfristige Strategie zu entwickeln und die kantonale Drogenpolitik gezielt weiterzuentwickeln. Ein Blick in andere Kantone zeigt den Mehrwert eines solchen Monitorings. Im Kanton Basel-Stadt kann dem Jahresbericht 2023 entnommen werden, dass bei vier von fünf betriebenen Suchtberatungsstellen Alkohol der Hauptgrund für eine Beratung war. Man sieht auch, dass es gleichzeitig einen Anstieg bei den halluzinogenen Pilzen und den rezeptpflichtigen betäubungsmittelhaltigen Medikamenten gab sowie beim Kokain, das auch Crack beinhaltet. Solche Erkenntnisse sind entscheidend für die zukünftige Drogenpolitik des Kantons Luzern. Gianluca Pardini hat in seiner Anfrage zentrale Bereiche thematisiert, wo verlässliche Zahlen nötig wären. Zum Beispiel bei den Partydrogen oder beim Freizeitkonsum, bei neuen Substanzen, welche Substanzen sind neu und welche davon haben sich wie entwickelt. Auch

bei den legalen Drogen bleibt die Antwort des Regierungsrates recht vage, wenn es um eine stärkere Regulierung von Alkohol und Nikotin geht. Wie ist die aktuelle Situation und welche Massnahmen hält der Regierungsrat konkret für sinnvoll? Der Kanton Luzern muss seine Datengrundlage verbessern und die vorhandenen Zahlen konsolidieren und auch veröffentlichen. Nur so ist ein besserer Überblick über all diese Zahlen und eine aktivere und weniger reaktive Drogenpolitik möglich.

Caroline Rey: Die Antwort der Regierung zeigt, dass einzelne Daten zu Suchtfragen zwar vorhanden sind, ein kantonales systematisches Monitoring fehlt jedoch. Der letzte umfassende Planungsbericht zur Suchtarbeit im Kanton Luzern wurde 2015 erstellt. Seitdem gab es keine systematische Überprüfung, sondern nur punktuelle Analysen, die sich auf spezifische Themen wie die Gremienstruktur konzentrierten. Eine effektive Weiterentwicklung der Drogenpolitik braucht jedoch eine solide Datengrundlage. Der Kanton reagiert zudem oft erst bei akuten Problemen, wie jüngst beim steigenden Crackkonsum. Die Problemlast ist vor allem in der Stadt Luzern sichtbar. Das Bewusstsein muss vorhanden sein, dass die Sucht zwar in der Stadt sichtbarer, aber trotzdem überall vorhanden ist. Prävention und langfristige Strategien sind deshalb effektiver und kostengünstiger, sowohl für den Kanton als auch die Gemeinden. Deshalb ist die Präventionsarbeit an den Schulen zentral. Aufklärungsangebote sind jedoch freiwillig, wodurch eine flächendeckende Sensibilisierung ausbleibt. Hier braucht es klare, verbindliche Programme. Daher ist eine flächendeckende Präventionsarbeit notwendig. Aus Sicht der SP-Fraktion ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um einen Planungsbericht vorzulegen. Denn nur mit einer übergeordneten Strategie lassen sich Lücken schliessen, klare Ziele definieren und eine nachhaltige, evidenzbasierte Drogenpolitik umsetzen.

Carlo Piani: Die Mitte-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die differenzierte Antwort auf die Anfrage. Strukturierte Zusammenarbeit entlang der vier Säulen der Suchtpolitik und die laufende Evaluation der Gremien zeigen, dass der Kanton seine Verantwortung in diesem dynamischen Bereich ernst nimmt. Wir begrüssen das geplante Strategiepapier zum Umgang mit Crack sowie das begleitende Pilotprojekt in Luzern. Diese Schritte sind wichtig, um rasch und wirksam auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Gleichzeitig sehen wir weiteren Handlungsbedarf in den Bereichen Therapie und Schadensminderung. Aus Sicht der Mitte-Fraktion braucht es neue Ideen, niederschwellige Anlaufstellen, eine Triage und ein Casemanagement sowie begleitetes Wohnen für chronisch süchtige Menschen. Dies sind Rückmeldungen von Anbietern aus dem Kanton. Solche Angebote können helfen, Stabilität zu schaffen und individuelle Perspektiven zu eröffnen. Das bestehende Präventionsangebot, etwa durch Akzent oder Drug-Checking, ist wertvoll. Eine bereitere Verankerung wäre wünschenswert. Angesichts der neuen Herausforderung wie synthetische Opioide unterstützen wir die geplante Entwicklung eines Massnahmenplans. Dabei ist es sinnvoll, auch auf Erfahrungen anderer Kantone und Städte zurückzugreifen. Suchtpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Eine ausgewogene Lastenverteilung und eine enge Zusammenarbeit sind dabei zentral. Die Mitte steht für eine pragmatische und wirksame Drogenpolitik ein, die den Schutz der Bevölkerung und die Hilfe für Betroffene gleichermaßen in den Fokus stellt.

Philipp Bucher: Nach Meinung der FDP-Fraktion sind die Antworten des Regierungsrates ausführlich und schlüssig. Leider ist es eine Tatsache, dass sich beim Thema Drogenhandel und -konsum die Entwicklungen gleichen wie in anderen unerwünschten Bereichen. Die Bekämpfung hinkt den Akteuren chronisch hinterher. Mit den Antworten des Regierungsrates wird aufgezeigt, dass die Entwicklungen auf verschiedenen Feldern bearbeitet werden. Im Zusammenhang mit der Prävention werden wichtige Gruppen adressiert. So nehmen wir zur

Kenntnis, dass im Rahmen des Drug-Checking der Drogeninformation Luzern (DILU) vor Ort schwer zugängliche Gruppen angesprochen und erreicht werden können. Es ist begrüssenswert, dass dabei ein Wissenszuwachs und auch Verhaltensänderungen festgestellt werden. Den Drogenmarkt und -konsum und den damit einhergehenden Begleiterscheinungen sind eine hohe Dynamik eigen. Das erschwert die Bekämpfung des Handels mit solchen Substanzen unbestrittenemassen. Neue Substanzen wie Crack oder Fentanyl erfordern Anpassungen bezüglich der Strategie. Dies wurde offenbar erkannt. Wir bezweifeln, ob die Feststellung tatsächlich hilfreich ist, dass legale Produkte unterreguliert und illegale Substanzen überreguliert sind. Diese Erkenntnis der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKS-N) zeigt, wie die Drogenpolitik aktuell verläuft. Es werden umfassende Werbeverbote für Tabakprodukte und alkoholhaltige Getränke gefordert und durchgesetzt. Gleichzeitig wird die Legalisierung von Cannabis gefordert. Aus unserer Sicht ist das ein Widerspruch in sich. Wir gehen einig mit dem Regierungsrat, dass es Ziel sein muss, die Gesundheit der Menschen in allen Lebenslagen so gut wie möglich zu schützen. Aber auch jede und jeder einzelne ist gefordert, mit Vernunft und Eigenverantwortung zu entscheiden, wie sie mit ihrer Gesundheit und unserem Wohlergehen einhergehen. Letztlich kann gerade im Hinblick auf die kommenden Ostern auch der übermässige Genuss von Schokolade schaden.

Jasmin Ursprung: Die Suchtprävention wird im Auftrag des Staates vorwiegend über private Institutionen mittels Leistungsaufträgen abgedeckt. Wir sehen keine weiteren Suchtmonitorings als nötig an, da diese durch die zugelieferten Kennzahlen der Leistungserbringenden bereits sichergestellt sind. Es wird eine Strategie und einen Massnahmenbericht zum Thema Crack geben. Weiteren Handlungsbedarf erachtet die SVP-Fraktion Stand heute jedoch nicht als nötig. Wir setzen hierbei auch auf die Eigenverantwortung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Der Kanton Luzern ist nicht strategielos, wie man es in einzelnen Voten gerade gehört hat. Der Kanton Luzern hat sehr wohl eine Strategie im Suchtbereich, darin sind Zuständigkeiten und Massnahmen definiert. Wir orientieren uns an der Vier-Säulen-Politik, bei der es um Prävention, Therapie und Wiedereingliederung, Schadensminderung und Überlebenshilfe sowie Kontrolle und Repression geht. Hier arbeiten das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD), das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD), die Stadt Luzern und die verschiedenen Institutionen sehr eng zusammen. Wir arbeiten mit den Institutionen in Form eines Leistungsauftrags zusammen. Dabei erhalten wir die Kennzahlen der entsprechenden zuständigen Institutionen. Nur das keine Papierbündelung vorliegt heisst nicht, dass dieses Monitoring auch nicht über die zuständigen Departemente hinweg stattfindet. Unser Rat ist daher der Meinung, dass an dieser Stelle kein zusätzlicher Bericht notwendig ist. Wichtig ist, dass wir die Daten im Haus haben, und das haben wir. Es ist aber auch so, dass wir uns durchaus Sorgen machen über den zunehmenden Crackkonsum. Einerseits machen wir uns Sorgen in Bezug der Auswirkungen auf die Konsumierenden, die in einem desolaten Zustand sind, nachdem sie diese Droge konsumiert haben. Andererseits machen wir uns Sorgen, dass irgendwann die synthetischen Opioide wie Fentanyl bei uns in der Schweiz und im Kanton Luzern auftauchen. Das wollen wir wenn immer möglich verhindern. Aus diesem Grund ist auch das JSD in engem Austausch mit uns und wir arbeiten gemeinsam an einer entsprechenden Strategie. Aus diesem Grund haben wir auch gemeinsam mit der Stadt Luzern das Projekt Crack ins Leben gerufen. Der Crackkonsum nimmt zu, gerade in der Stadt. Wir haben in der Stadt teilweise bereits Aspekte einer offenen Crackszene. Das darf nicht

sein. Hier müssen wir mit der Crackstrategie entsprechende Massnahmen in die Wege leiten. Ich bin überzeugt, dem Problem mit den Massnahmen begegnen zu können, die uns in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Eine Ergänzung: Selbstverständlich schaut auch der Kanton Luzern auf die anderen Kantone, die diesbezüglich schon einen Schritt weiter sind, weil bei ihnen die Szene schon weiter fortgeschritten ist. Hier ist vor allem der Kanton Zürich massgebend, aber auch die Kantone Genf und Graubünden. Diese Kantone haben bereits eine stark ausgeprägte Crackszene. Wir stehen mit diesen Kantonen in engem Austausch und übernehmen im Rahmen des Crackmassnahmenprogramms auch bei ihnen bereits erprobte Massnahmen.